



An der Hessischen Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit (HöMS) ist, vorbehaltlich der Schaffung der stellenmäßigen Voraussetzungen, im Institut für Forschung und Transfer (IFT) zum Wintersemester 2022/2023 am Campus Mühlheim am Main eine

Forschungsprofessur für Extremismusresilienz (m, w, d)

(W2 HBesG)

zu besetzen.

Die Forschungsprofessur „Extremismusresilienz“ verfolgt einen ganzheitlichen Ansatz, der neben der Erforschung von Extremismus allgemein, insbesondere extremistische Einstellungen innerhalb von Polizei und öffentlicher Verwaltung fokussiert.

Erwartet werden dabei insbesondere:

- Erarbeitung von Erklärungsmodellen zur Entstehung und Aufrechterhaltung extremistischer Einstellungen und Möglichkeiten zum Abbau extremistischer Einstellungen
- Weiterentwicklung methodischer Ansätze innerhalb der Extremismusforschung (quantitative und qualitative Ansätze)
- Durchführung regelmäßiger Befragungen innerhalb der hessischen Polizei und innerhalb öffentlicher Verwaltungen (auch als Auftragsforschung)
- Untersuchungen zu unterschiedlichen Ausprägungen von Extremismus (z.B. auch „Reichsbürger“-Szene, „Querdenker“, Verschwörungsgläubige/„Delegitimierer“ oder Antisemitismus) und neuer Kommunikationsformen (Social Media)

- Untersuchungen zu Auswirkungen extremistischer Tendenzen in Polizei und öffentlicher Verwaltung auf die Öffentlichkeit/Bürgerinnen und Bürger (Vertrauen in Institutionen)
- Vernetzung mit nationalen und internationalen Universitäten, Hochschulen, Forschungsinstituten und Forschungsorganisationen, die im Bereich „Extremismus und Polizei/öffentliche Verwaltung“ forschen
- Organisation von Fachtagungen zum Thema „Extremismus“

Anwendungsorientiert sollen Forschungsergebnisse in die Lehre der an der HöMS angebotenen Bachelorstudiengänge (Schutzpolizei; Kriminalpolizei/Cyber-Crime; „Public Administration“; „Digitale Verwaltung“) und Masterstudiengänge (Public Management; Polizeimanagement) eingebracht werden. Zudem sollen Umsetzungsmöglichkeiten im Sinne einer Stärkung demokratischer Einstellungen bei Beschäftigten in Polizei und öffentlicher Verwaltung entwickelt werden. Diese Transferleistung ist dabei in vorhandene Aus- und Fortbildungsangebote und -strukturen innerhalb und außerhalb der Hochschule zu integrieren.

Erwartet werden in diesem Bereich:

- Beratung der Hochschulleitung zu den Themen Extremismus und Extremismusresilienz in Bezug auf die Entwicklung der HöMS
- Berücksichtigung und Einbindung einschlägiger Forschungsergebnisse in die Curricula der Hochschule
- Wissenstransfer in die Ausbildungsbehörden (z.B. polizeilicher Staatsschutz oder Ordnungsämter)

Zur Wahrnehmung der beschriebenen Aufgaben steht wissenschaftliches und administratives Personal der Forschungsstelle zur Verfügung.

Die Lehrverpflichtung ist dabei um die Hälfte ermäßigt (aktuell 342 von 684 Lehrveranstaltungsstunden jährlich), um insoweit Ergebnisse der Extremismus- und Resilienzforschung in den Lehrbetrieb der beiden Fachbereiche der HöMS (Polizei und

öffentlicher Verwaltung) einzubringen und anwendungsorientiert für Aus- und Fortbildungsmaßnahmen aufzubereiten.

Die Hochschule

Die Hochschule bildet in zwei Fachbereichen an den vier Standorten Gießen, Kassel, Mühlheim und Wiesbaden den Nachwuchs des gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienstes und des gehobenen Polizeivollzugsdienstes sowie die zugelassenen Tarifbeschäftigten des Landes, der Gemeinden, Gemeindeverbände und sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts aus und fort. Darüber hinaus nimmt die HöMS als Auftragsangelegenheit die Fortbildung der Beschäftigten der hessischen Landesverwaltung sowie als polizeiliche Aufgaben nach dem Hessischen Gesetz für die öffentliche Sicherheit und Ordnung die Fortbildung aller Polizeibediensteten des Landes, das Nachwuchsmanagement und die Einstellung von Polizeianwärterinnen und -anwärtern, die Beratung und Unterstützung der Polizeibehörden, die Leistung polizeipsychologischer Dienste, die Mitwirkung bei der Fortentwicklung polizeilicher Führungs- und Einsatzmittel und die Verantwortlichkeit für die Koordinierung und Durchführung internationaler polizeilicher Ausbildungs- und Ausstattungshilfe wahr.

Voraussetzungen

Die erforderlichen Qualifikationen und die Einstellungsvoraussetzungen sind in § 68 Abs. 1 bis 3 des Hessischen Hochschulgesetzes (HessHG) festgelegt. Die fachlichen Anforderungen ergeben sich aus den Regelungen für den jeweiligen Studiengang.

Angesprochen sind insbesondere Vertreterinnen und Vertreter aus Psychologie, Soziologie, Kriminologie und Politikwissenschaft, die ausgeprägte Methodenkenntnisse, einschlägige Forschungserfahrungen und Publikationen nachweisen können.

In Betracht kommen Bewerberinnen und Bewerber, die den Nachweis der Befähigung zu wissenschaftlicher Arbeit - in der Regel durch eine Promotion - erbringen sowie pädagogisch geeignet sind. Die HöMS legt darüber hinaus Wert auf eine mehrjährige einschlägige Berufserfahrung. Lehrerfahrung ist wünschenswert.

Die Bereitschaft, an der Weiterentwicklung der Studienfächer sowie in der Hochschulselbstverwaltung aktiv mitzuwirken, wird ebenso vorausgesetzt, wie das Einverständnis, auch an anderen Abteilungen und Studiengängen der HöMS sowie im Rahmen von Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen zu lehren.

Lehrbefähigung und pädagogische Eignung sind in einer Probelehrveranstaltung nachzuweisen.

Rahmenbedingungen

Eine generelle Erhöhung des Frauenanteils in allen Bereichen und Positionen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind, wird angestrebt. Bewerbungen von qualifizierten Frauen sind daher besonders erwünscht. Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt. Bewerbungen von Menschen mit Migrationshintergrund werden ausdrücklich begrüßt. Ehrenamtliches Engagement wird in Hessen gefördert. Teilzeitbeschäftigung ist vom Grundsatz her möglich, jedoch ist sicherzustellen, dass die Stelle in vollem Umfang besetzt wird.

Die Hochschule wurde mit dem Gütesiegel „**Familienfreundlicher Arbeitgeber Land Hessen**“ ausgezeichnet. Der Arbeitsplatz wird im Rahmen des **hochschulischen Gesundheitsmanagements** ergonomisch ausgestattet.

Beschäftigte des Landes Hessen erhalten ein kostenfreies Landesticket, mit dem sie im gesamten Land Hessen kostenfrei den öffentlichen Personennahverkehr nutzen können.

Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen richten Sie bitte bis zum **15. März 2022** an den

Rektor der Hessischen Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit

Schönbergstr. 100, 65199 Wiesbaden.

über das Online-Bewerbungsportal des Landes Hessen oder per E-Mail an bewerbung@hfpv-hessen.de. Die Anlagen zu Ihrer Bewerbung können jedoch nur im PDF-Format (eine PDF-Datei) angenommen werden. Auf die Übersendung von Bewerbungsmappen sowie von Originalunterlagen bitte ich zu verzichten, da die Unterlagen nach Abschluss des Auswahlverfahrens nicht zurückgeschickt, sondern vernichtet werden.

Die Erfassung und Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zum Zwecke der Durchführung des Bewerbungsverfahrens erfolgt auf der Grundlage des § 23 des Hessischen Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetzes (HDSIG). Informationen im Hinblick auf die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten gemäß Art. 13 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 (Datenschutz-Grundverordnung) finden Sie unter <https://www.hfpv.de/service/stellenangebote> .

Für Rückfragen stehen Ihnen Herr Rosar und Frau Marzolla als Ansprechpersonen zur Verfügung (Tel.: (06 11) 3256 – 8310 bzw. 8311, E-Mail: bewerbung@hfpv-hessen.de).